



Umweltinstitut
München e.V.



Konzerne

auf Kaperfahrt



**Wie das geplante Freihandelsabkommen TTIP
Verbraucherschutz und Umwelt gefährdet.**

Eintritt: frei!

Freitag, 10. April 2015, 19 Uhr

Hotel Lust, Bahnhofstraße 40, Höchst

Referent: Karl Bär

- Umweltinstitut München e.V. -



Veranstalter: BUND, attac, DGB, NaturFreunde / V.i.S.d.P.: Stefan Orth, Trieb 6, 64750 Lützelbach

„Konzerne auf Kaperfahrt“

Wie das geplante Freihandelsabkommen TTIP Verbraucherschutz, Umwelt und Demokratie gefährdet.

**Vortrag und Diskussion über das europäisch-amerikanische
Freihandelsabkommen TTIP mit Karl Bär vom Umweltinstitut
München e.V.**

Attac, BUND, DGB und die NaturFreunde laden am Freitag, 10. April 2015, zur Diskussion über das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP ein. Als erfahrener Referent konnte Karl Bär vom renommierten Umweltinstitut München e.V. gewonnen werden. Der Agrarökonom wird die Funktionsweise von Freihandelsabkommen und Gefahren für Demokratie, Landwirtschaft, Kultur und Verbraucherschutz herausarbeiten. "TTIP ist eine Gefahr für VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen, die Umwelt und die Ärmsten der Erde", so Bärs Fazit, "weil es die Möglichkeiten, sich in der Politik Gehör zu verschaffen und durchzusetzen, zu ihren Ungunsten verändert."

Die bekanntesten Begriffe, die uns durch das TTIP drohen, wie Genmais und Chlorhähnchen, sind nur die Spitze des Eisberges. Was sonst noch alles hinter verschlossenen Türen streng geheim verhandelt wird, sickert nur nach und nach an die Öffentlichkeit. So sollen die hiesigen Standards beim Verbraucher-, Daten-, Gesundheits-, Umwelt- und Arbeitsschutz sowie Arbeitsrecht zugunsten gemeinsamer transatlantischer Standards "angeglichen" werden. Aber auch die Bereiche Energie, Landwirtschaft und öffentliche Daseinsvorsorge sind von den Freihandelsabkommen betroffen.

Bei dieser Veranstaltung besteht die Gelegenheit, sich einen Überblick über die auf uns zukommenden Auswirkungen zu verschaffen. Die Einladung richtet sich auch an alle Vertreter der örtlichen kommunalen Einrichtungen, der Kirchen sowie an alle Politiker in der Region.